



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr -

Tagesordnung I Punkt 20 der öffentlichen Sitzung am 30. Oktober 2018

Vorlagen-Nr. 18-F-01-0008

Vergabe von Namensrechten an Haltestellen **- Antrag der SPD-Rathausfraktion vom 24.10.2018 -**

Seit einigen Jahren werden Haltestellennamen in verschiedenen Kommunen auch unter Gesichtspunkten des Citymarketing vergeben. Hierbei erhalten Dritte die Möglichkeit, gegen Entgelt im Rahmen eines Namenszusatzes in der Haltestellenbezeichnung genannt zu werden. Zum einen bietet dies anliegenden Unternehmen an, sich so besonders zu platzieren, Nutzerinnen und Nutzern die Gelegenheit sich anhand prägnanter Zielnennungen zu orientieren aber natürlich auch den Kommunen die Möglichkeit, durch Vergabe der Namensrechte zusätzliche Einnahmen zu generieren, ohne hierdurch weitere Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, ob seitens der Stadt Wiesbaden bereits Erwägungen zur Vergabe von kommerziellen Namensrechten als Beinennungen zu bisherigen Fahrstationen unternommen wurden,
2. mit Kommunen, in welchen diese Praxis bereits etabliert wurde, in Kontakt zu treten und einen Überblick über die dort gesammelten Erfahrungen zu gewinnen,
3. eine Einschätzung bezüglich des Potentials möglicher Einnahmen und Kosten eines solchen Vorgehens für Wiesbaden zu ermitteln,
4. eine Bewertung bezüglich eventuell zu erwartender negativer Nebenfolgen, etwa Nachteile durch gefühlte Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes oder auch mögliche Auswirkungen im Zusammenhang mit bereits bestehenden Verträgen über Werbung im öffentlichen Raum, vorzunehmen sowie
5. im Falle dessen, dass die Vorteile eines solchen Vorgehens die Nachteile sichtbar überwiegen, ein Konzept zur Umsetzung zu entwickeln und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.

Dieses Konzept soll auch einen Verwendungsvorschlag für die zu erzielenden Mittel berücksichtigen, welche wiederum den Nutzerinnen und Nutzern zu Gute kommen, beispielsweise durch Zuweisung zum Haltestellenumbauprogramm oder zur Steigerung der Aufenthaltsqualität an Haltestellen, sowie einen Vorschlag zu unterbreiten, ob und wie die jeweils betroffenen Ortsbeiräte im Prozess der Namensgebung Berücksichtigung finden können.

Beschluss Nr. 0217

Der Antrag ist durch den ausführlichen, mündlichen Bericht von Herrn Gerhard (ESWE-Verkehr) erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2018

Volk-Borowski
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .11.2018

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2018

Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gerich
Oberbürgermeister